

RUND BRIEF

HERMANN GRÖHE AKTUELL

Beachten Sie bitte
die weiterführenden
Links ►►
in den Texten!

CDU

INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS UND BERLIN

Nummer 13 | 14. Juli 2017

Foto: BMG | Jochen Zick (action press)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Bundestagswahl am 24. September 2017 rückt näher. CDU und CSU haben „die Ärmel hochgekrempelt“, damit wir unsere rundum erfolgreiche Arbeit für Deutschland in den kommenden Jahren fortsetzen können - mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze. Wir arbeiten „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ - und das ist auch der Titel des Regierungsprogramms ►► von CDU und CSU, das wir in der letzten Woche bei einer gemeinsamen Sitzung unserer Parteivorstände in Berlin beschlossen und öffentlich vorgestellt haben. Wie CDU-Generalsekretär Peter Tauber betonte, ist das Programm ein „starkes und überzeugendes Angebot“ für unser ganzes Land.

Als Union setzen wir auf einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger wirksam schützt, damit wir alle in Sicherheit gut leben können. Wir setzen auf eine starke Wirtschaft, die Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze nicht nur sichert, sondern zielstrebig ausbaut. Und mit Blick auf Familien setzen wir uns für mehr Zeit, mehr Geld und eine verbesserte Betreuung ein, um ihnen ein Leben nach ihren jeweiligen Vorstellungen zu ermöglichen. Deutschland soll ein erfolgreiches, sicheres und starkes Land bleiben: Dafür wollen CDU und CSU auch in Zukunft gemeinsam Sorge tragen. Unsere Arbeit dafür läuft bereits „auf Hochtouren“. In der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin und in allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden von der schleswig-holsteinischen Grenze zu Dänemark bis zum Bodensee und vom Dreiländereck bei Aachen bis zum Stadtrand von Görlitz „knien wir uns ‚rein“ für einen erfolgreichen Wahlkampf. Das gilt für das Gespräch am Gartenzaun und am Informationsstand in der Fußgängerzone ebenso wie online und natürlich bei unseren vielen öffentlichen Veranstaltungen in ganz Deutschland. Als Union stehen wir ein „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Unser Kurs für Deutschland war auch in den letzten Jahren erfolgreich ►►. Jetzt heißt es: Kurs halten!

Herzliche Grüße

G20: GESUNDHEITSPOLITISCHER MEILENSTEIN

Die globale Gesundheit ist ein Schwerpunkt der G20-Präsidentschaft Deutschlands. Auf Einladung von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe fand bereits im Mai in Berlin das erste Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) statt. Im Mittelpunkt der zweitägigen Tagung stand die Bekämpfung globaler Gesundheitsgefahren – ein Thema, dessen Bedeutung auf dem G20-Gipfel am 7./8. Juli in Hamburg erneut ein Schwerpunkt der Beratungen war. Die Ergebnisse des G20-Gipfels seien „ein Meilenstein zur Stärkung der globalen Gesundheit“, betonte Gröhe danach. Mit ihrem Bekenntnis zu einer engen Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Gesundheitskrisen und gefährliche Krankheitserreger hätten die G20 ein starkes Zeichen der gemeinsamen Verantwortung für die Gesundheit weltweit gesetzt. Dazu gehörten eine starke und ausreichend finanzierte Weltgesundheitsorganisation, die Unterstützung beim Aufbau belastbarer Gesundheitswesen vor Ort, eine bessere Kontrolle des Antibiotika-Einsatzes bei Mensch, Tier und in der Umwelt und verstärkte Anstrengungen in der Forschung und Entwicklung neuer Impfstoffe und Arzneimittel. Insbesondere Antibiotika-Resistenzen stellen eine zunehmende Bedrohung für die Gesundheit der Menschen weltweit dar, aber auch für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung ganzer Staaten. Um der Ausbreitung von Resistenzen bei Menschen, Tieren und in der Umwelt zu begegnen, haben die G20 u. a. vereinbart, bis Ende 2018 konkrete Nationale Aktionspläne zu erarbeiten. Zudem soll der Antibiotika-Einsatz in der Tiermedizin auf therapeutische Zwecke begrenzt werden. Um den verantwortungsvollen Einsatz in allen Bereichen zu fördern, sprechen sich die G20-Staats- und Regierungschefs als weitere Maßnahme auch für eine Verschreibungspflicht von Antibiotika aus.

Die Abschlusserklärung des G20-Gipfels finden Sie hier ►►. Einen aktuellen Beitrag von Hermann Gröhe zur internationalen Gesundheitssicherheit in der F.A.Z. vom 4. Juli finden Sie hier ►►.

STÄRKUNG DER DEUTSCH-KROATISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Bewährtes soll man pflegen und ausbauen, natürlich auch in der Gesundheitspolitik - und die deutsch-kroatische Zusammenarbeit im gesundheitlichen Bereich hat sich bereits bewährt, z. B. durch den Austausch von Expertinnen und Experten im Bereich der Krankenhausfinanzierung und des Krankenhausmanagements. Aus diesem Grunde haben Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und sein kroatischer Amtskollege Professor Milan Kunjundzic am Dienstag der letzten Woche in Zagreb eine Gemeinsame Erklärung für eine noch engere gesundheitspolitische Zusammenarbeit unterzeichnet. Kroatien verfolgt eine zukunftsweisende Gesundheitspolitik – und mit Blick auf Deutschland soll in Zukunft der Gedankenaustausch zu Fragen auch der Patientensicherheit, der Qualitätssicherung, der Gesundheitswirtschaft und der Krankenversicherung vertieft werden. „Wir haben das gemeinsame Ziel, die medizinische Versorgung in unseren Ländern weiter zu verbessern zum Nutzen der Patientinnen und Patienten“, betonte Gröhe in Zagreb, wo er auch den kroatischen Premierminister Andrej Plenkovic zu einem Gespräch über aktuelle Herausforderungen der internationalen Gesundheitspolitik traf ►►.

Mein Wahlkreis

Dormagen, Grevenbroich
Neuss, Rommerskirchen

Meine Ziele im Wahlkreis

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22777321

E-Mail: hermann.groeh@bundestag.de



www.hermann-groeh.de

KRANKENHAUSHYGIENETAG IM RHEIN-KREIS NEUSS

Zahlen, die eine besonders wichtige Herausforderung unseres Gesundheitswesens verdeutlichen: Etwa 400.000 bis 600.000 Menschen infizieren sich pro Jahr im Krankenhaus mit Keimen. Ein Drittel dieser Infektionen wäre zu vermeiden – und deshalb führten das Lukaskrankenhaus mit der Rheintor Klinik und das Johanna-Etienne-Krankenhaus in Neuss sowie die Rhein-Kreis Neuss Kliniken in Dormagen und in Grevenbroich am 7. Juli unter der Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe gemeinsam einen „Tag der Krankenhaushygiene“ ►► durch. „Der Kampf gegen gefährliche Keime erfordert ein entschlossenes Vorgehen auf allen Ebenen. Deshalb erhalten die Krankenhäuser in Deutschland bis 2019 fast eine halbe Milliarde Euro für die Ausbildung und Einstellung von Hygienepersonal. Wichtig ist zugleich, dass die bestehenden Vorschriften, etwa zur Händedesinfektion, genau eingehalten werden. Denn nur wenn Hygiene im Klinikalltag gelebt wird – von der Krankenhausleitung, über die einzelne Pflegekraft bis hin zu den Besuchern –, können gefährliche Keime wirksam bekämpft werden“, erklärte Gröhe, der vor Ort Aktionen in den Krankenhäusern begleitete. Der „Krankenhaushygienetag“ wies erfolgreich auf die Dringlichkeit des Themas, aber vor allem auf die Möglichkeiten zur Vermeidung von Infektionen hin.

50 JAHRE BZGA

Herzlichen Glückwunsch – und alles Gute auch in Zukunft! Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) wird am 20. Juli 50 Jahre alt. Als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit trägt die BZgA seit einem halben Jahrhundert mit einer Vielzahl ganz verschiedener Maßnahmen und Kampagnen öffentlichkeitswirksam zur gesundheitlichen Aufklärung aller Menschen in ganz Deutschland bei. Die Kernaufgabe der BZgA besteht darin, der Gesamtbevölkerung wissenschaftlich gesicherte, hilfreiche und leicht verständliche Gesundheitsinformationen zur Verfügung zu stellen. Die BZgA unterstützt dabei, gesund aufzuwachsen, zu leben, zu arbeiten und zu altern. Anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen Bestehen der BZgA betonte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe am Donnerstag der vergangenen Woche in Köln, die BZgA sei längst „zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Gesundheitswesens geworden.“ Die BZgA informiere die Bürgerinnen und Bürger „mit großem Einsatz – und oft auch mit Humor – zu wichtigen Gesundheitsfragen. Dabei hat sie bewiesen: Gesundheitsförderung wirkt! Mit dem Präventionsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass hochwertige Angebote der Gesundheitsförderung dorthin getragen werden, wo Menschen leben, lernen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen - in die Kita, Schule, an den Arbeitsplatz, in die Pflegeeinrichtung oder ins Stadtquartier. Dabei unterstützt die BZgA die Krankenkassen mit ihrem Fachwissen. Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BZgA, die mit ihrem Einsatz zur Erfolgsgeschichte der BZgA beigetragen haben.“

Einen filmischen Rückblick in wahlweise 9 oder 24 Minuten Länge auf die Entwicklung der BZgA seit 1967 finden Sie hier ►►.

„DORMAGENER GESPRÄCH“ DER KAS

„Mehr Medaillen sind das Ziel?!“: So lautete der Titel des „Dormagener Gesprächs“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zur Zukunft der Sportförderung, das unter der Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe am vergangenen Freitag im Sportinternat Knechtsteden stattfand. Der Sport bewegt zahllose Menschen in ganz Deutschland und ist durch die gemeinsamen Reformschritte und -bestrebungen des Deutschen Olympischen Sport-Bundes (DOSB) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) zur Sportförderung in den letzten Jahren auch selbst neu in Bewegung geraten. Alfons Hörmann, Präsident des DOSB, war daher zum bestens besuchten KAS-Gespräch ebenso nach Dormagen gekommen wie Hockey-Nationalspielerin Annika Sprink (Olympia-Bronze 2016), Judoka Laura Vargas Koch (Olympia-Bronze 2016) und Max Hartung, neuer Europameister im Säbelfechten, der zudem Athletensprecher innerhalb des DOSB ist. Hörmann nutzte das kurzweilige und gute Gespräch, um grundsätzlich zu verdeutlichen: „Der Spitzensport soll möglichst breit aufgestellt sein, unter klaren Qualitäts- und Leistungskriterien.“ Die Sportlerinnen und Sportler stünden im Mittelpunkt der umfassenden Reformmaßnahmen. Zugleich sei wichtig, dass auch der Breitensport genügend Unterstützung und wirksame Förderung erfahre.

Einen Pressebericht der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ (NGZ) zum „Dormagener Gespräch“ finden Sie hier ►►.

Neues aus dem Parlament

Besserer Schutz vor ansteckenden Krankheiten

Zur raschen Bekämpfung und Verhütung von Infektionskrankheiten wird ein elektronisches Melde- und Informationssystem für übertragbare Krankheiten eingeführt. Zusammen mit weiteren Gesetzen und Verordnungen, für die das Bundesgesundheitsministerium (BMG) federführend verantwortlich ist, beschloss der Bundesrat am 7. Juli 2017 das „Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten“, das im gegenwärtigen Sommer in Kraft treten wird.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes richtet das Robert-Koch-Institut (RKI) ein elektronisches Melde- und Informationssystem ein, das die Wirksamkeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten deutlich steigert. Die Verbesserung für den Austausch von Informationen ermöglicht es, die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionen schneller zu ergreifen. Mit diesem System wird Deutschland zu einem der Vorreiter bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Zudem enthält das Gesetz die Erweiterung der Meldepflichten für Krankenhausinfektionen, um die Übertragungswege noch besser aufklären zu können, und die Verpflichtung der Leitung von Kindertagesstätten, das Gesundheitsamt zu benachrichtigen, wenn Eltern keinen Nachweis über eine ärztliche Impfberatung vorlegen. Die Gesundheitsämter können dann diese Eltern zur Beratung einladen. Zudem sind die Gesundheitsämter künftig auch zu informieren, wenn in Pflegeheimen oder Gemeinschaftsunterkünften Fälle von Krätze auftreten.

Eine weitere wichtige Neuerung ist der Auftrag an Krankenhäuser und Krankenkassen, bis Mitte 2018 verpflichtende Pflegepersonaluntergrenzen in den Krankenhausbereichen festzulegen, in denen dies besonders notwendig ist. Dies stärkt in den Krankenhäusern die Patientensicherheit und verbessert die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte.

Das Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten finden Sie hier ►►.

► 3. August 2017

Rede „Der Innovationsfonds - Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft im Gesundheitswesen“, Klinikum Friedrichshafen.

► 7. August 2017

Rede „Gesundheitspolitik im Dienste des Menschen“ auf Einladung der CDU Rhein-Sieg, Sankt Augustin.

► 9. August 2017

Besuch des Westdeutschen Diabetes- und Gesundheitszentrums (WDGZ), Düsseldorf.